

Gesetzen ihrer Partei die „nutzlosen Esser“ verwalten und knechten.

Das ist dann sinnbildlich die Verwaltung der Arbeitslosen durch die Arbeitsscheuen. Sie ist eine passende Vertreterin dieser Partei und Gesellschaftsordnung. (...)

Manuel Soler, Osnabrück

Erinnerung durch Kunst

Zu „Die Opfer stehen im Mittelpunkt, UZ vom 28. Januar

Ein Lob an die Redaktion, an den „Blutsonntag von Derry“ durch den Artikel von Jenny Farrell über das Bild des irischen Malers Robert Ballagh zu erinnern.

Eine kleine Anmerkung: In meinen Augen verweist das Bild weniger auf Picassos „Guernica“, sondern viel mehr auf „Das Massaker in Korea“, in dem US-Soldaten genauso aufgestellt sind wie die britischen Fallschirmjäger; er hält allerdings den Augenblick fest, bevor sie das Feuer auf koreanische Frauen, Männer und Kinder eröffnen.

Norbert Heckl, Stuttgart

Berufsverbot wegen DDR-Nähe

Zu „Klassenjustiz im Osten“, UZ vom 28. Januar

So schlimm die Berufsverbote in der Alt-BRD auch waren – ich selbst wurde 1972 von der CDU Baden-Württemberg mit Ausbildungsverbot und 1975 von der SPD Hessen mit Berufsverbot (nach der Referendarausbildung als Kunsterzieher) belegt –, umso mas-

senweiser wurden nach der Konterrevolution ab 1990 in der ehemaligen DDR aus rein politisch-weltanschaulichen Gründen berufliche Existenzen vernichtet. Sie hießen nicht Berufsverbote, aber es waren de facto solche.

Dass sich dies auch in der Alt-BRD auswirkte, beweist ein unverschämtes Ablehnungsschreiben vom Kultusministerium Baden-Württemberg vom März 1993 gegen meine erneute Bewerbung – ausdrücklich nur um ein Angestelltenverhältnis, um die Hürde des Beamtenrechts zu vermeiden.

Im Schreiben hieß es: „Sehr geehrter Herr Mausner, das Ministerium für Kultus und Sport hält es nach wie vor nicht für vertretbar, Ihrer Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg näherzutreten. Maßgeblich für diese Entscheidung ist, dass Sie sich noch vor nicht allzu langer Zeit aktiv für die verfassungsfeindlichen Ziele der DKP eingesetzt haben und dass in den neuen Bundesländern derzeit alle vergleichbar politisch belasteten Lehrer aus dem Schuldienst entlassen werden. Erschwerend kommt in Ihrem Falle hinzu, dass Sie sich offenbar auch heute noch nicht eindeutig von der DKP distanzieren, obwohl Ihnen sicherlich bekannt ist, dass die DKP das Unrechtsregime der DDR stets nachhaltig unterstützt hat und von diesem auch mit hohen finanziellen Leistungen über lange Jahre hinweg gefördert wurde.“ (...)

Klaus Mausner, Stuttgart